

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Abonnements-Belegungen: Landmanns-Sonntagsblatt und „Allgemeines Anzeigerblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Abschaltung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbpollene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpollene Petitionszelle 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbeposts unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10,— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme normalfalls 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 33

Dienstag, den 17. März 1931

33. Jahrg

## Haushaltsplan und Reichstag.

Kreditpolitische Hoffnungen.

Berlin, 14. März.

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen im Reichstag ist Joseph von Reichsgraf Dr. Brüning als auch vom Reichsfinanzminister Dietrich immer wieder nachdrücklich auf die kreditpolitische Lage hingewiesen. In führenden Finanzkreisen wird hervorgehoben, daß die kreditpolitische Lage zur Zeit labil sei. Es kommt also jetzt alles darauf an, daß von deutscher Seite nicht Maßnahmen getroffen werden, die eine neue Erstarrung der Kreditverhältnisse zur Folge haben. Aus diesem Grunde besteht auch innerhalb der Reichsregierung der feste Wille zur parlamentarischen Erledigung des Haushaltsplans. Wenn innerhalb einzelner Parteien die Auffassung vertreten wird, daß es zweckmäßiger sei, den Haushaltsplan durch Notverordnung zu dekretieren, so mag das vielleicht im Interesse dieser Parteien liegen, nicht aber im Interesse einer Politik, die gerade jetzt in einer Zeit, in der sich die ersten Zeichen einer Besserung bemerkbar gemacht haben, alles daran setzen muß, was der Überwindung der Krise dient.

Wenn die Reichsregierung sich weiterhin gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen hat, so sind auch dafür in erster Linie kreditpolitische Erwägungen maßgebend gewesen.

Es ist unmöglich, Vertrauen zu gewinnen, wenn die wiederholten Erklärungen, insbesondere auch des Reichsfinanzministers, daß Steuererhöhungen nicht vorzuziehen werden sollen, durch Beschlüsse des Reichstages in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Dabei wird man einer etwaigen Erhöhung der Lantienste-Steuer eine sekundäre Bedeutung beimessen dürfen.

Die Lantienste-Steuer hat im Jahre 1929 100 Millionen und im Jahre 1930 insgesamt nur 80 Millionen Mark gebracht. Ein weiterer fünfprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer würde, wenn das Einkommen von über 8000 Mark befreit wird, 50 bis 51 Millionen Mark bringen, wenn die Einkommensgrenze der Mehrbesteuerung erst bei 20.000 Mark liegt, mit einem Betrag von 35 Millionen Mark zu rechnen.

Falls sich eine Mehrheit für die Erhöhung der Lantienste-Steuer entscheiden sollte, so erscheint es notwendig, alsdann diese Steuer durch einen Ergänzungsantrag in der Weise zu verbessern, daß dann auch die Beiträge der Betriebe und die Tages- und Sitzungsgelder mit zur Steuer herangezogen werden. Da dieser Steuer der Charakter einer Sondersteuer anhaftet, erscheint auch der Vorschlag zweckmäßig, der dahingehend, die Erhöhung dieser Steuer zu beschließen.

## Weto des Reichsrats.

Gewerkegesetz und Novelle zum Zwangsge- setz. — Verabschiedung der Agrarvorlage.

Berlin, 14. März.

Der Reichsrat beschäftigt sich mit der vom Reichstag verabschiedeten Novelle zum Zwangsge- setz über die Wiedereinführung eines zollfreien Gewerkegesetzes. In der Diskussion wurde durch Mehrheitsentscheidung beschlossen, Einspruch gegen die Zurückweisung der Vorlagen einzulegen.

Gegen die Einkommensteuervorlage stimmten bei dem Gesetz über das zollfreie Gewerkegesetzkontingent Preußen, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg und Lübeck; dafür u. a. Thüringen, Sachsen und Lippe.

In der vorausgegangenen Debatte gab Reichsminister Schiele

eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Reichsregierung hat bereits im September 1930 den zuständigen Ausschuss des Reichstages eine Vorlage unterbreitet, in der Mittel angefordert wurden für die Abgabe von verbilligten Reichsleihen an die minderentwickelte Bevölkerung. Ich werde diesen Antrag mit aller Energie weiter verfolgen. Das Reichsfinanzministerium hat weitere Schritte noch nicht getätigt. Mit dem Einspruch des Reichsrats sind die Novelle zum Zwangsge- setz und das Gewerkegesetz vorläufig gehindert. Wenn der Einspruch des Reichsrats aufgehoben werden soll, müßte der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit nochmals den Vorlagen zustimmen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen nahm der Reichsrat den Antrag des Reichsfinanzministers an, den Handelsvertrag mit Frankreich zu ratifizieren, und die Zolländerungen.

Das Gesetz über Zolländerungen, die sogenannte Agrarvorlage,

verlangt u. a. die Ermächtigung der Reichsregierung zur außerordentlichen Festsetzung der Zölle für Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen, die am 31. März 1931 ablaufen würde, bis zum 31. März 1932.

Des Weiteren ermahnt das Gesetz die Reichsregierung, in Fällen dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Einfuhrzölle für einzelne Waren abweichend von den geltenden Vorschriften zu erlassen und laufende Handels-

abkommen mit anderen Staaten, die diesen Zolländerungen entgegenstehen, zu kündigen. Solche Verhandlungen sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen anzuhängen.

Schließlich erhält die Regierung das Recht, das Einfuhrzolltarif abweichend von den bisherigen Vorschriften zu regeln und für andere Erzeugnisse neu einzuführen. Auch diese Ermächtigungen sollen bis zum 31. März 1932 gelten. Außerdem soll die Regierung neu ermächtigt werden, Einfuhrzölle für Holz einzuführen.

Zum Schluß verabschiedete der Reichsrat u. a. noch das Straßfahrzeugsicherheitsgesetz.

## Neue Rede Stegerwalds.

Genfer Abkommen in zweiter Lesung.

Berlin, 14. März.

Präsident Abbe eröffnete die Sitzung um 10 Uhr. Das Haus nimmt zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 vor in Verbindung mit einem Antrag des Landvolks auf Ablehnung der Genfer Abmachungen über den Zollfrieden.

Der Ausschuss schlägt die Annahme des Gesetzesentwurfs vor. Den Bericht erstattet Frau Abg. Sender (Soj.).

Nach Ablehnung des Antrages der Konfessionen, die Vorlage dem auswärtigen Ausschuss zu überweisen, wird das Abkommen nach längerer Debatte mit den Stimmen der Konfessionen, der Sozialdemokraten, der Staatspartei, des Zentrum und des größten Teils der Deutschen Volkspartei in zweiter Lesung angenommen.

Das Haus setzt dann die Ausprache zum Hausalt des Reichsarbeitsministeriums

fort. Abg. Fehr, von Stauffenberg (Landvolk) begrüßt die Arbeit des Verwaltungsrats der zentralen Siedlungsbank ungeheißt. Ein gelinder Abbau der Sozialversicherung, die vor dem finanziellen Zusammenbruch bewahrt werden müßte, sei notwendig.

Abg. Schwarzer-Oberparren (Bayer. Volksp.) betont, daß das Doppelverdienst einzelner Personen wie auch der Ehegatten mit der wirtschaftlichen Not nicht allgemein zu rechtfertigen sei.

Inzwischen ist ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eingegangen.

Abg. Schneider-Berlin (Elsaßlpt.) fordert, daß mit der Lohnsenkung Schritt gemacht werde. Man müsse bedenken, daß die reale Kaufkraft der Löhne erheblich gesunken sei, weil der Preisabfall mit dem Lohnabfall nicht Schritt gehalten habe. Die Verfürgung der Arbeitszeit sei eines der Mittel, wieder Arbeit für einige Hunderttausend Erwerbslose zu schaffen.

## Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

erklärt, er stehe hinsichtlich der Streitfrage über die Tarifvertragsgestaltung auf dem Standpunkt, daß man die Auswertung der Unflimmigkeiten am besten den Tarifparteien selbst überlasse und nicht gleich die Gesetzgebung in Bewegung setze. Unsere Lohnpolitik werde dadurch erschwert, daß wir nicht nur mit England und Amerika zu konkurrieren hätten, sondern auch mit Ländern, deren Währungsverhältnisse sich nicht ändern, deren Währungsverhältnisse sich nicht ändern, deren Währungsverhältnisse sich nicht ändern.

Die Sanierung der Knappheitskasse sei die dringende Aufgabe des nächsten Jahres; allerdings ist noch nicht geklärt, wie sie vor sich gehen solle. Die Lage sei dadurch so schwierig, weil das sogenannte Ausland-Geld uns in der Mittelbedarfsfrage hemme. Der Bergbau allein könne die Mittel für die Knappheitsanleiherung nicht aufbringen.

Wenn man den Vergleichen neben den vielen Forderungen nach Lohnsenkungen aufzettelte, so könne man ihnen nicht gleichzeitig auch noch erhöhte Beiträge für die Knappheitskasse abnehmen. Der von den Gewerkschaften vorgeschlagene Weg der Kohlenabgaben sei erst gangbar nach Zustimmung des europäischen Kohlenabkommens. Auch der sozialdemokratische Antrag, auf die Industriebelastung zurückzugehen, sei 1931 ebenfalls nicht durchführbar, weil in diesem Jahr die Industriebelastung ja auch für die Öffentliche noch gar nichts aufzuräumen sei.

Für 1931 gehe es nur so, daß das Reich, die Invaliden und die Angestelltenversicherung und die Bergleute gemeinsam Opfer bräuten.

Mit der Reform der Arbeitslosenversicherung müßten wir uns weiter beschäftigen. Die Angestellten müßten Entlastungen erfahren, aber so einfach sei die Sache nicht. Wenn zur Lösung des Wohnungsproblems vorgeschlagen werde, die großen Wohnungen in kleine umzuwandeln, so werde diese Möglichkeit geprüft werden, so bedeuten es aber, daß solche Umbauten nicht die Billigeren seien als der Bau von neuen Wohnungen.

Abg. Gerlach (Soj.) verweist auf die steigende Belastung der Gemeinden durch die Ausgaben für die Wohlfahrtsverbände. Dadurch würden letzten Endes die Bedürftigen selbst geladigt. Hilfe könne allein die Zusammenfassung der Wohlfahrtsverbände mit der Arbeitslosenversicherung bringen.

Abg. Sorensen (.) befragt gleichfalls die schwere Finanzierung in die die Gemeinden durch die ungenügende Steigerung der Wohlfahrtsleistungen geraten seien, und fragt weiter, daß sie auf entscheidende Wirtschaft der Gemeinden ganz gewiß nicht zurückgeführt werden könne.

Abg. Freidel (Wirtschaftsp.) erklärt die besonderen Schwierigkeiten des Winterjahres. Eine Aufhebung der Bauverpflichtung sei so lange nicht möglich, als die Zwangswirtschaft bestehe.

Die Weiterberatung wird auf Montag, 2 Uhr, vertagt.

## Groeners ernste Mahnungen.

In die Befehlshaber und Kommandeure der Reichswehr!

Im Zusammenhang mit dem veröffentlichen Erlaß des Reichswehrministers Groener an die Reichswehroffiziere, hat der Reichswehrminister einen zweiten Erlaß an die Kommandeure und Befehlshaber der Reichswehr gerichtet.

Ich bin mir nicht im unklaren darüber, daß bei den Auslagen der jungen Offiziere vor dem Reichsgericht ein gewisses Solidaritätsgefühl, die Sucht, durch förmliche Auftritte eine innere Unfreiheit zu übergeben, und die in den Zeittäufeln liegende Ueberbescheidenheit und Selbstüberhebung der Jugend eine große Rolle gespielt haben. Ich bin deshalb auch überzeugt, daß die Disziplin und der bedingungslose Gehorsam in der Reichswehr trotz dieser Vorkommnisse völlig intakt sind.

Wie dürfen uns aber auch nicht im Zweifel darüber sein, daß die Haltung einiger junger Offiziere dem Ansehen der Wehrmacht empfindlichen Schaden zugefügt hat.

Lebhaftmollende und militärfremdlich eingestimmte Kreise werden uns bei jeder Gelegenheit die Rechnung präsentieren; die uns angeschlossen sind und uns nahestehenden Schichten sind beunruhigt, und ihr Glaube an die Wehrmacht als den unerschütterlichen Fels von Gehorsam und Pflichterfüllung, auf dem das ganze Staatsgebäude ruht, ist erschüttert.

Eine derartige Vertrauenskrise wäre uns erpicht gegeben, wenn alle Kommandeure sich mehr um den Geist und die Ansichten ihres Offizierskorps gekümmert hätten.

Aber leider, das muß einmal scharf ausgesprochen werden, gibt es Kommandeure die aus innerer Unfreiheit oder gar aus mangelndem Befernernut jedem politischen Gespräch mit ihren Untergebenen aus dem Wege gehen, die vielleicht sogar aus Sorge, man könnte sie nicht für national halten oder sie könnten sich bei ihrem Offizierskorps unpopulär machen, heranziehenden Gedankenfängen nicht offen entgegenzutreten und dadurch den Eindruck der gleichen Meinung bei den jungen Leuten erwecken. Sonst wäre es doch unmöglich, daß sich bei diesen jungen Leuten so grundlegende Ideen über nationale Einstellung der Führung, Auslieferung der Reichswehr an die Enke, nur bedingte Gehorsamspflicht usw. festsetzen konnten.

Wenn die Kommandeure, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, immer wieder darauf hingewiesen hätten, unter welchen ungenügenden inneren und äußeren Schwierigkeiten es der Reichswehrleistung gelungen ist, die Reichswehr zum höchsten Faktor im Staate zu machen, an dem niemand die politischen Entscheidungen vorbeiziehen kann, dann würden im Offizierskorps Tendenzen nicht haben aufkommen können, die allerdings in höchstem Maße geeignet sind, diese starke Stellung der Wehrmacht im Staate zu erschüttern.

Schon eine einfache Unterrichtung der Offiziere über die in den letzten Jahren von mir vertretenen Ansichten, die ich in Reden und Erlassen, in Rappellen um den Wehrmacht und sonstigen Auseinandersetzungen mit wehrfremden Organen und Strömungen immer wieder zum Ausdruck gebracht habe, würde genügt haben, um die jungen Leute zu belehren und von der Torheit und Halblosigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen.

Wir müssen aus diesen Vorkommnissen die Folgerung ziehen, in Zukunft nur noch solche Persönlichkeiten zu Leitern von Offizierskorps zu machen, die Befernernut und genügende geistige Ueberlegenheit haben, um unsere heutige Jugend zu erziehen, die über große Ueberbescheidenheit, harte Empfindlichkeit, aber auch über ein hochgradiges Ehrgefühl, über eine durchsichtliche hohe Intelligenz und, was das Schönste an ihr ist, über einen hohen idealen Schwung verfügt.

Ueber meine in dieser Verfügung zum Ausdruck gekommenen Ansichten sind alle Offiziere in geeigneter Weise zu unterrichten.

## Weltwirtschaftskrise und Versailles.

Immer noch Etat des Arbeitsministers.

Berlin, 14. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Freitagsladung, beantragt Abg. Frau Simmler (Komm.), die sofortige Beilegung eines Antrags auf Aufhebung des § 218.

Der sofortigen Beilegung wird nicht entsprochen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Schröter-Merzberg (Komm.) wendet sich gegen die Weibchen des staatlichen Schlichtungswesens. Den deut-



igen Arbeitslosen werde die wirksamste Hilfe durch die Aufträge Soviet-Rußlands.

Hg. Hermann (W. P.) erkennt an, daß das staatliche Schlichtungswesen in dieser ersten Zeit viel Unheil verursacht habe. Die Theorie vom „politischen Lohn“ sei leider keine bloße Schlagworte gewesen, eine von Labano-Krafftiger Seite oft rufende Forderung. Handwerk und Gewerbe wüchsen sich mit Recht gegen die starre Bindung des Lohnes durch Zwangsmaßnahmen. Die Biergläubigenwache wird in manchen Industrien und Gewerben auf dem Wege freiwilliger Verständigung eine gesunde Reform bedeuten, aber ihre allgemeine Einführung durch gefühllos Zwang wäre für Handwerk und Kleinhandel ganz unmöglich, weil hier die Möglichkeit fehlt, die Arbeitsplätze und die Arbeitsmethode zu verändern.

Von den Sozialdemokraten ist inzwischen eine Entschleunigung eingegangen, in der verlangt wird, daß von der Industriebelastung (Aufbringungsumlage) jährlich mindestens 50 Millionen für Zwecke der Knappheitsversicherung bereitgestellt werden.

Hg. Thiel (D. Sp.) führt aus, in allen Parteien, die nicht das jetzige Wirtschaftssystem zerstören wollen, ist heute die Erkenntnis vorhanden, daß aus der bedrängten deutschen Wirtschaft weitere Steuermittel nicht mehr herausgepreßt werden können, daß vielmehr nur eine Wiederbelebung der Wirtschaft selbst käme. Durch den Übermut der Siegerstaaten, durch das Verfall der Diktat sind Störungen hervorgerufen worden im Kapitalabfluss der Welt. Wer die Weltwirtschaftskrise überwinden will, muß deshalb die Revision des Versailles Vertrages fordern.

Hg. Schmidt-Raspel (Christl. Sozial) meint, die jetzige Wirtschaftskrise sei nicht nur eine Wirtschaftskrise. Es gehe um die Arbeit, um den Menschen. Die jetzige Krisenlage verdrängt den Menschen auf allen Gebieten. Die bisherigen rein kapitalistischen Methoden haben auf diesen Gebieten verlagert; aber noch viel weniger ist zu erwarten von der sozialistischen Wirtschaft in Sowjet-Rußland. Wenn die Führer der kapitalistischen Wirtschaft in Westeuropa nicht rechtzeitig die Gefahr erkennen, dann kommt vom Osten auf dem Umwege über die Wirtschaft der furchtbare Schlag seiner Menschen, die von aller Welt, auch von aller göttlichen Autorität losgerissen sind.

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 10 Uhr, vertagt.

## Eröffnung der Handwerkswoche.

Eine Rede des Kanzlers.

Berlin, 15. März.

Im Gebäude des Reichswirtschaftsrats zu Berlin fand die Eröffnung der Reichshandwerkswoche statt. Der Kanzler dankte für die Begrüßungsworte des Vorsitzenden und überbrachte die Grüße der Reichs- und preussischen Staatsregierung. Er führte dann u. a. aus:

Die politischen, wirtschaftlichen und technischen Umwälzungen der letzten Vergangenheit haben das Handwerk vor neue Aufgaben gestellt und zum Ringen um seinen Bestand gezwungen. Dieser Kampf wird durch die Wirtschaftskrise der Gegenwart verstärkt. Trotzdem braucht das Handwerk nicht in müder Resignation zu verfallen.

Die Entwicklung der Technik hat zu Ergebnissen geführt, die als Phantastereien gegolten haben, die Zusammenballungen des Kapitals haben gigantische Formen angenommen, und doch lebt das Handwerk! Es lebt als gleichberechtigtes, als gesundes, einwirkendes und lebensfähiges Glied unserer Gesamtwirtschaft. Weder die hungarische kapitalistische Entwicklung in der Bar- und Nachkriegszeit, noch die dem Handwerk besonders abträglichen Bedingungen der Kriegs- und Inflationsjahre haben es in seinem Bestande zurückdrängen können.

Eineinhalb Millionen Handwerksbetriebe belegen im Reich, mehr als dreieinhalb Millionen Menschen sind im Handwerk tätig und mehr als acht Millionen leben in Deutschland von Handwerk. Und das ist gut so! Denn Staat und Wirtschaft sind auf die Erhaltung eines breiten Mittelschicht und schließlich auf die Erhaltung eines kräftigen Handwerksstandes angewiesen, der für eine gesunde soziale Schichtung unseres Volkes unentbehrlich ist.

Der gewerbliche Mittelstand hilft Gegenseite überwinden, die sonst zwischen Großkapital und Arbeiterkraft in weit stärkerer Maße aufeinanderprallen. Der Handwerksmeister ist in seiner Person der ausgleichende Mittel zwischen Kapital und Arbeit. Denn noch immer bestehen zwischen Stellen und Meister, der doch selbst aus dem Mittelstande hervorgegangen ist, Beziehungen, die dem Arbeitverhältnis einen menschlichen Gehalt aufdrücken. Und

auch heute noch bietet das Handwerk Aufstiegsmöglichkeiten, in dem es dem Erwerbenden verhilft, zur Selbstständigkeit zu gelangen. Und dreierlei Millionen Zugschlichter erhalten im Handwerk die berufliche Ausbildung, die ihnen später die Lebensgrundlage geben soll; eine Ausbildung, die sich nicht auf die technischen Fertigkeiten beschränkt, sondern den ganzen Menschen umfassen und bilden soll. Trotz weitgehender Mechanisierung der Betriebe, trotz Arbeitslosigkeit in den Werkstätten geben auch heute noch zwei Merkmale dem Handwerk das charakteristische Gepräge:

Das großbildliche Überwiegen der menschlichen über die mechanische Arbeit und die allseitige Beherrschung des Arbeitsgebietes durch die im Betrieb beschäftigten Menschen.

Es gab wohl keine Zeit, die diese kulturelle, soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks eindringlicher vor Augen geführt hat als die Gegenwart. Sie zeigt gerade uns Deutschen die Gefahren, die aus einem Wirtschaftssystem erwachsen würden, das sich allein auf die Industrie stütze.

Wieder, wie im vorigen Jahr, klopft die Not an die Türen der Handwerksstätten. Eine Not, die dieses Mal eine Not des ganzen Volkes ist.

Alle staatliche Förderung soll und kann aber immer nur Beihilfe sein, um die stärkeren und wertvolleren Kräfte, die ein Berufsstand aus sich selbst entfaltet, anzuporen.

Wenn das Handwerk die Forderung der Zeit erkennt, wenn es in all seinen Teilen wieder bemüht ist, das Verhältnis zwischen ihm und seinen Auftraggebern zu kräftigen, durch billige und solide Arbeit zu Befestigen anzustreben, dann erwächst es sich ein Verdienst um die Gewinnung der wirtschaftlichen Lage. Dann dient es am besten und wirksamsten dem wohlüberstandenen eigenen Interesse.

An der Eröffnungsfest der Reichshandwerkswoche nahmen außer dem Reichspräsidenten der Reichsarbeitsminister Dr. Siegelwald, der Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt, Dr. Trendelenburg, der preussische Handelsminister Dr. Schreiber, der Vizepräsident des Reichstages Dr. Esser und zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete teil. Zahlreiche Innungsvereine schickten die Wände des Versammlungssaales. Nach der Rede Dr. Brüning's dankte der Präsident des Deutschen Handwerks- und Gewerbelageres, Pfugmader-Wegeburg, dem Reichstagskanzler für seine freundlichen Worte und gab der Hoffnung Ausdruck, daß den Belangen des Handwerks in Gesetzgebung und Verwaltung Rechnung getragen werden möge.

Mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten und dem Gehalt der dritten Strophe des Deutschlandsliedes schloß die Feier.

## Abordnung des Handwerks bei Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg, Ehrenmeister des deutschen Handwerks, empfing aus Anlaß der Reichshandwerkswoche eine Abordnung des deutschen Handwerks, bestehend aus dem Vorsitzenden des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Berlin, Ostler, dem Vizepräsidenten des Deutschen Handwerks- und Gewerbelageres, Pfugmader, dem Präsidenten der Handwerksammer Berlin, Ludwig, und dem Geschäftsführenden Präsidialmitgliedern Dr. Meißel und Hermann. Die erschienenen Herren berichteten dem Reichspräsidenten über Ziele und Zweck der Reichshandwerkswoche und über die wirtschaftliche Lage im deutschen Handwerk.

## Auswüchse des politischen Kampfes.

Mitglieder: Anschlag auf Dr. Goebbels.

Berlin, 15. März.

Die Gaultierung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei teilt u. a. mit: Auf den Berliner Gauführer der NSDAP, den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels, wurde ein Anschlag verübt, der nur durch die Kaltblütigkeit der Beteiligten verhindert werden konnte. Mit der Post wurde eine größere, als Reichsverband gewöhnlich Papprolle auf dem Büro der Gaultierung in der Hedemannstraße 10 abgeliefert. Das Päckchen fiel dem mit den Posteingängen Beauftragten auf, und er äußerte seinen Verdacht gegenüber Dr. Goebbels, der nun sofort die Öffnung des Pakets in seiner Gegenwart anordnete.

Unter den gebotenen Vorsichtsmaßnahmen wurde zunächst die Anwesenheit der Sendung entfernt. Sehr schnell beschäftigten sich die Vermutungen, die Papprolle enthielt nämlich acht Stück geladene Explosivkörper, die mit einer Pulverladung verbunden waren. Wenn die Sendung abgenommen geöffnet worden wäre, hätte der Befundene zweifellos zum Mindesten schwer Verletzungen erlitten.

Wie von Seiten der Polizei hierzu mitgeteilt wird, ist von der NSDAP am Sonnabendmittag eine Anzeige bei der Kriminalpolizei erstattet worden, worauf Kriminalbeamte die Untersuchung in dieser Angelegenheit aufgenommen haben.

## Aufgehobene Immunität.

Beschlüsse des Geschäftsrundauschusses.

Berlin, 14. März.

Der Geschäftsrundauschuss des Reichstages stellte die Entscheidung über einen sozialdemokratischen Antrag betreffend Maßnahmen gegen diejenigen Abgeordneten, die den Reichstagsabgeordneten dauernd fernbleiben, zurück, weil noch nicht alle Fraktionen dazu Stellung genommen hätten.

Er genehmigte dann einen Antrag auf Erlass eines Durchführungsbeschlusses gegen den Abg. Dr. Goebbels (Nat.-So.). Dagegen verlagte er seine Zustimmung zur Vollstreckung der Erlasshaftstrafe für eine Geldstrafe, die die Abg. Frau Blum (K.P.D.) nicht bezahlte hat, aber in Raten abgeben will. Ferner genehmigte der Ausschuss einen Antrag auf Vollstreckung einer Geldstrafe gegen den Abg. Mühlmeier (Nat.-So.) mit der Begründung, daß dieser an den Arbeiten des Reichstages nicht teilgenommen und die Nichtvollstreckung von Freiheitsstrafen nur dem Zweck dienen solle, den Abgeordneten die Ausübung des Mandats zu ermöglichen.

Schließlich hatte der Ausschuss noch über neun Anträge auf Einleitung von Strafverfahren wegen Verletzung des Reichstages zu beraten.

## Unfriedensverbot ungültig.

Entscheidung des Kammergerichts.

Berlin, 15. März.

Eine Anzahl Nationalsozialisten und Kommunisten, die wegen Tragens des Braumendes bzw. Tragens der Koffrontkämpferuniform auf Grund der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten von verschiedenen Strafkammern verurteilt worden waren, hatte beim Kammergericht Berufung eingelegt.

Das Kammergericht hat sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, daß die Verordnung des Polizeipräsidenten, wonach das Tragen des Braumendes und der Koffrontkämpferuniform verboten ist, ungültig ist, da sie nicht im Einklang mit § 118 der Reichsverfassung und § 10, Absatz 2 und 17 des Allgemeinen Landrechts zu bringen ist. Mit dieser Kammergerichtsentscheidung ist also das Tragen des Braumendes und der Koffrontkämpferuniform wieder gestattet.

Wie dazu von der Berliner Polizei mitgeteilt wird, bleibt die bisherige Polizeiverordnung in Kraft, bis das Urteil des Kammergerichts dem Polizeipräsidenten amtlich mitgeteilt ist und der Polizeipräsident dazu Stellung genommen hat.

## Arbeitslofenfürsorge und Luftfahrt.

Ein neuer preussischer Erlass.

Berlin, 14. März.

Im Rahmen der Maßnahmen, die das Reichsarbeitsministerium zur Beseitigung arbeitsloser Zwangsarbeiter durchführt, hat der Deutsche Luftfahrt-Verband e. V., Berlin, die Anregung gegeben, Werkstoffabgänge zur Herstellung von Sportflugzeug-Teilen einzurichten.

Durch die Lehrgänge sollen die beruflichen Kenntnisse der Arbeitslosen vor allem des Metall- und des Holzgewerbes erhalten und erweitert werden. Die Vorschläge des DVL wurden an den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingereicht und von diesem an alle unterstellten Landesarbeitsämter mit der Bitte um Einrichtung solcher Lehrgänge an den gewerblichen Berufsämtern in Zusammenarbeit mit den örtlichen DVL Vereinen weitergeleitet.

Nun hat auch das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe in einem Erlass vom 3. März an alle Regierungspräsidenten und das Provinzialkollegium Abt. III, Berlin-Dahlemerfeld, sich für diese Fürsorge- und Weiterbildungsmaßnahmen gestellt.

In dem Erlass heißt es u. a., daß durch die Lehrgänge eine geeignete Möglichkeit zur Erhaltung und Erweiterung der beruflichen Kenntnisse und zur Fortbildung der berufszugehörigen Jugendlichen" anzubahnen sei.

## Alle Zeitungen u. Zeitschriften

bleibt frei Haus

Richard Arnold.

## UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

i. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Seine langvolle Stimme schmeichelte sich in Marias Ohr. Auch seine Erscheinung war so ganz, ganz anders, als sie sich ihn nach Sines Schilderung vorgestellt hatte. „Ich danke Ihnen für den herzlichsten Willkommenwunsch, Sie lächeln.“ „Ich will nur wünschen, daß Sie es nicht bereuen mögen, dem Fremdlingen einen Platz an Ihrem häuslichen Herde eingeräumt zu haben.“

„Wie das lächeln die ersten, etwas starren Züge befehle“, dachte er interessiert, und wieder und wieder schmeichelte sein Blick zu dem eigenartigen weichen Gesicht, um dessen jedes Daal sich die glänzend schwarzen Haare in einem glatten Scheitel fest anlegten.

Von ihr glitt sein Blick zu seiner Frau hinüber. „Wie konnte nur ein so bedeutender Mensch wie Maria mit diesem kindlichen kleinen Gesichtspfeilchen schließen?“ dachte er und mußte im nächsten Augenblick über sich selbst lächeln. Welchen Beweis hatte er denn bis jetzt, daß sie ein bedeutender Mensch war? Bis jetzt hatten sie doch nur die alltäglichen Phrasen ausgetauscht.

Frau Sine beherrschte das Gespräch vollständig. Er selbst sprach sehr wenig, aber beobachtete desto mehr. Wie wohltehr nach doch das ruhige, gemächliche Wesen der jungen Dame von der allzu großen Lebhaftigkeit ihres Altes ab! Alles, selbst die Art und Weise, Messer und Gabel zu gebrauchen, schmeichelte seinem selbstlichem Empfinden.

Nach dem Abendessen plätschte der Landrat sich auf sein Zimmer und zurückzuziehen, um noch ein paar Stunden zu arbeiten. Frau Sine nahm als selbstverständlich an, daß er auch heute dieser Besonnenheit treu bleiben würde, und lorcherte die Freundin auf, auf der Veranda noch ein wenig die trübe Nachtluft mit ihr zu genießen.

„Wenn ich die Damen nicht höre, bitte ich um die Erlaubnis, den Diktator im Bunde abgeben zu dürfen.“ sagte der Landrat scherzend.

„Du?“ fragte Sine geodent. Sie lie aber eine weitere Ungenogenheit hinzufügen konnte, sagte Maria halbi: „Aber natürlich! Wir haben ja keine Geheimnisse.“

Frau Sine leuchtete sich hervorwärtig in einem Karbessel im Hintergrunde der Veranda. Alle Gerüche Marias, sie mit in das Gespräch zu ziehen, waren vergeblich; Sine antwortete nur kurz und abweisend.

Maria warf einen scheinbaren Blick auf den neben ihr stehenden Hausherrn. Ihr schien es, als ob sich auf seiner Stirne drohende Falten gemammelt hätten, und sie fing halbi an zu plaudern, lebhafter, als es sonst ihre Art war, um ihn auf andere Gedanken zu bringen. Er ließ sich Sines Sines Besuchen ungenügend und die Woge schwannte bodenständig jagenden des Gatten ihrer Freundin.

Nach und nach fanden sich eine Menge Berührungspunkte zwischen beiden. Er kannte ihre Heimatstadt und war immer gerne in München gewesen. Allmählich hatte er die Führung des Gesprächs übernommen. Maria lächelte. Sie schloß zeitweilig die Augen und ließ sich willig einstimmen von dem Hauber, den dieses weiche, sympathische Organ auf sie ausübte.

„Ich bin müde. Wenn ich auch noch länger unterhalten möchte, meinmetegen: ich gehe schlafen.“ sagte plötzlich Sine und wand auf.

„Herrgott, ich eh ich!“ rief Maria. „Wie doch die Zeit beim Plaudern vergeht!“ sagte sie verwirrt hinzu.

Die Damen verabschiedeten sich. Werner wollte noch draußen bleiben, um eine Zigarette zu rauchen, wie er sagte.

Sobald Sine und Maria wieder auf ihren Zimmern waren, lag er wieder lebhaft an zu plaudern. Wie sie am Rauchtisch angeknüpft, fand die Verbindungstür zwischen den beiden Zimmern offen und sie ließ lebhaft hin und her, um der Freundin alles mögliche zu zeigen und zu erzählen.

„Warum wartet du denn nur vorhin so ungenossen gegen deinen Mann?“ fragte Maria nach einer Weile.

„Ach Gott, er konnte uns doch allein lassen“, entgegnete Sine lächeln. „Du bist doch so viel gekommen und nicht zu ihm!“

Als Sines Klappermäulchen endlich verstummt war, konnte Maria, trotz der Strapazen des vorangegangenen Tages, noch lange keine Ruhe finden. Wie sollte sie sich zu den unerschöpflichen Verfallsfragen stellen, in die sie da wieder ihren Willen hineingeraten war. Ihr Empfinden für Recht und Unrecht verlagte vollständig, und doch, wenn sie ehrlich gegen sich sein wollte — sie wünschte nicht einmal, daß sie nicht gekommen wäre. Es mußte wohl das Mitleid mit der kindlichen keinen Frau sein, was sie trotz allem hier festsetzte —

Als sie zu dieser Überzeugung gekommen war, wurde sie ruhiger und schlief endlich ein, als schon der Morgen im Osten heraufgrante.

111

Maria erwachte am anderen Morgen durch eine leise Berührung. Sie schloß die Augen auf und sah sich verwundert in der fremden Umgebung um. Auf ihrer Bettrande lag Frau Sine und strich ihr über die Wangen.

„Da habe ich schon immer geglaubt, ich sei eine Langschlaffnerin; aber du übertriffst mich noch.“ sagte sie lachend. Maria verzog, auf die Rederei einzugehen. Sie betrachtete nur immer die junge Frau, die ihr heute so verändert schien. Die Wangen, die gelbten von der freudigen Erregung so lebhaft gefärbt waren, schienen ihr heute trüblich und blaß und schmal. Tiefe Schatten umgaben die Augen, die heute viel weniger lebhaft blitzten als gestern.

„Bist du schlief geschlafen?“ forschte sie.

„Ja.“ sagte Sine. „Wie ein Murmelstein! — Aber wir kommen ja auf die Frage?“

„Du scheinst mir etwas angegriffen zu sein, aber —“ sie stockte und ergriff die Kinderhüften der jungen Frau.

„Sine, ich glaube, du bist frant.“ sagte sie angewollt.

Unwillig entzog ihr die junge Frau die Hände. „Wenn wir gute Freunde bleiben wollen, verlohne mich, bitte, mit deiner Belorgnis!“ sagte sie schroff. „Ich bin so gesund, wie du selbst; aber ich werde mich noch frant machen mit ewigen Fragen und Ermahnungen.“ Sie fand auf und ließ wie ein trotziges Kind aus dem Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)



# Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 16. März 1931

**Das neue Gefangbuch für die Provinz Sachsen und Anhalt ist erschienen!** Dieses neue Gefangbuch ist ein der schönsten des ganzen Reiches, denn es ist mit zahlreichem holzschnittartigen Bildern des bekannten Hamburger Künstlers Julius L. Gamp versehen. Eine sehr klare, verhältnismäßig große Schrift wurde zum Satz verwendet, und die Ornamente der verschiedenen Einbände flammen ebenfalls von Julius L. Gamp. Das Format entspricht dem des Thüringer Gefangbuches und zwar erscheint nur eine einzige Ausgabe in Bezug auf Größe, Satz, Druck und Papier in 5 verschiedenen Einbänden. Alle Bücher sind mit einstufigen Noten versehen, eine Ausgabe ohne Noten gibt es nicht. Die Preise der einzelnen Einbände stehen für den gesamten Kleinhandel fest und sind von Konfirmanden vorgeschrieben. Die alten Gefangbücher behalten weiter ihre Gültigkeit. Zu diesen gelangt in Kürze ein besonderes Nummernverzeichnis, das die alten Bücher bequem neben den neuen verwenden werden können.

\* Am Donnerstag verunglückte der Landwirt und Senator Otto Donnerstag. Er befand sich mit seinem Gespann auf der Rückfahrt vom Acker. Mächtig schrammte die Pferde und der mit einem Pels bedeckte Wagen vor dem mit einem Hauchfuß beladenen Wagen, von dem die Räder über ihn weggingen. Die Verletzungen sind derart schwerer Natur, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

**Unfall.** In der Wilts-Nährmittelfabrik in Pretau geriet am Freitag abend 8.30 Uhr der Arbeiter Friedrich Schmidt von hier beim Bemezen von Selmozen zwischen die Räder zweier Wagen. Er erlitt dabei eine Zerplitterung des rechten Schließens. Nachher ihm ein Arzt an der Unfallstelle die erste Hilfe geleistet hat, brachte ihn das Sanitätsauto in das Paul-Verhards-Spital.

**Kreis.** Die Vertagung der Nachmittagsrede Berlin-Leipzig-München ist wieder in Betracht. Allmählich sieht man das Unklügliche, diese fahrlässige Richtung in freierem Rhythmus nach allen Seiten werten, um den Piloten in luftiger Höhe den schmerzigen Weg zu zeigen.

**Kisa.** (Großhändler). Der Kaufmann K. W. Mann, wieder west über Kisa's Grenzen bekannte Hühnerfarmbesitzer und Vogelzüchter hat eine Heime, eine ganz normale amerikanische Vögelin die legt seit einiger Zeit Eier der Größe eines Hühneres. Eier vom Gewicht von 115 Gramm sind keine Seltenheit. So wurde gestern ein solches Hühnerchen gewonnen in Gegenwart von Jungen die hatte das fäthliche Gewicht von sogar 160 Gramm.

**Uhlenburg, Lebensmüde.** — Nachts verarmt man in der Bekantheit von Mühlgrabenufer der laute Hühner. Die sofort herbeigerufenen Polizeibeamten fanden im Schnee Fußspuren, die ins Wasser führten. Kurz darauf wurde der Polizeimeister eine hiesige Einwohnin als vermißt gemeldet. Die Vermisste war nebenliegend und hatte ihre Wohnung heimlich verlassen. Vermutlich hat sie im Mühlgraben den Tod gesucht und auch gefunden.

**Er beledigte den Reichspräsidenten Ebert.**

**Torgau.** Das Torgauer Große Schöffengericht verurteilte den Diplom-Volkswirt Kurt Weiß (Breslau) wegen Beledigung des früheren Reichspräsidenten Ebert zu drei Monaten Gefängnis. Weiß hatte in einer in Jüdischhof (Kr. Torgau) am 21. August abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung mit Bezug auf den großen Munitionsschiff im Februar 1919 von dessen Ueberlebenden als Schwärmer und Genossen und in diesem Zusammenhang auch den Namen des damaligen Reichstagsabgeordneten Ebert genannt. Der Angeklagte legte gegen das Urteil sofort Berufung ein.

**Vor dem Zusammentritt des Provinziallandtages.**

**Mierburg.** Wie bekanntgegeben, tritt der Provinziallandtag am 17. d. M. 15.30 Uhr zusammen. Die Eröffnung erfolgt durch den Provinzialpräsidenten, Dr. F. a. d. Darauf erfolgt die Wahl des Vizepräsidenten, der die Leitung des Landtagspräsidenten; als solcher tritt infolge des Ausbleibens des Grafen Solowjoff der Landtagsabgeordnete Banjo auf. Darauf erfolgt die große Eratred des Landeshaupmanns Dr. Hübener.

Bekanntlich wird der 46. Provinziallandtag die neuwahlgewählten Provinzialräte in die Provinz zurückzuführen haben. Der Ministerpräsident hat die Angelegenheit unter Zugriff der Provinzialverwaltung in die Hände der Provinzialverwaltung übergeben, nachdem das Oberverwaltungsgericht unter Abweisung der Klage des Provinziallandtages die durch die Staatsregierung vorgenommene Beauftragung der Provinzialverwaltung aufrecht erhalten hat.

Der Provinziallandtag tritt am Vormittag des 17. März zu seiner letzten Sitzung zusammen. Die Wahl des neuen Provinziallandtags dürfte am 18. März stattfinden.

**Die Berufungsbefugnisse der Abgeordneten des Provinziallandtages.**

In Anbetracht der am 17. d. M. beginnenden Beratungen des Provinziallandtages wird die nachstehende Übersicht über die Berufungsbefugnisse der Abgeordneten des Provinziallandtages von Interesse sein:

Von den 113 Abgeordneten sind 13 Landwirte und Gutsbesitzer, 12 Parte- und Gewerkschaftsbeamte, 9 Lehrpersonen, 9 Handwerker, 8 Ober-, Erzie- und Bürgermeister, 7 Handwerksmeister, 7 Arbeiter, 6 Pensionäre, 5 Direktoren, 5 Frauen ohne Beruf, 3 Kommunalbeamte, 3 Zogelhalter, 3 Amts- und Gewerkschaftsbeamte, 2 Bauunternehmer, 2 Bergarbeiter, 2 Beamte von Arbeitsämtern, 2 Bauunternehmer. Die restlichen 12 Abgeordnete vertreiben sich auf freie Berufe.

**Schiedsgericht für die mitteldeutsche Landwirtschaft.**

Halle. Am Sonntag ist in der mitteldeutschen Landwirtschaft nach zweimonatiger Vertagung der Verhandlung des Schiedsgerichts geklärt. Danach wird der Stundenlohn der männlichen Arbeiter über 18 Jahre um einen Pfennig, unter 18 Jahren um einen halben Pfennig gestürzt. Die Löhne des Gefindes werden um 5 Prozent herabgesetzt. Außerdem sieht der Schiedspruch den Besag der Erntezugelage für alle in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter vor. Für den 31. März ist die Erntezugelage festzusetzen, bestehend aus 10 Pfennig für die Erntezugelage, um einen weiteren halben Pfennig und am 1. Juli ebenfalls um einen weiteren halben Pfennig. Die Erntezugelage läuft bis 19. März.

## Wohnungsorgen in Halle.

Halle. Im Hausbauauschuss des Stadtparlaments stellte die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft den Antrag, die Wohnungsfürsorge mit dem Fürsorgeamt zu sammeln zu lassen, um auf diese Weise Erleichterung zu erzielen. Die Sozialdemokraten sprachen sich dagegen aus und wollten auch die Wohnungswirtschaft voll erhalten wissen. Die Hausbesitzer stellten hierauf den Antrag, den gesamten Zuschuß für die Zwangswirtschaft zu streichen und die Wohnungsfürsorge um 20 000 Mark zu kürzen. Der erste Antrag wurde abgelehnt, die Streichung der 20 000 Mark jedoch angenommen. Gensow fand den Antrag auf Zusammenlegung der Wohnungsfürsorge mit dem Fürsorgeamt Annahme.

Halle. Notfandaaktion der Fleischer. — Der Hauptpunkt der Jahresversammlung des Vereins der Ledensfleischer Halle bildete die vom Verein vorgeschlagene Notfandaaktion. Es wurde einstimmig ein Vorschlag des Obermeister Mangold angenommen, dem Fürsorgeamt zunächst 450 Mark in Form von Guthscheinen zu je 50 Pf. zur Verteilung an ausgeleierte Personen zur Verfügung zu stellen. Auf die Guthscheine sollen Fleisch- und Wurstwaren vertrieben werden.

Halle. Er behalt die Arbeiter. — Vor dem Schöffengericht hatte sich der bereits vorbestrafte, in Sandersdorf (Kr. Bitterfeld) geborene Wilhelm M. zu verantworten, der in der Umgebung von Bitterfeld und Sandersdorf im November vorigen Jahres zahlreiche Diebstahle ausgeführt hatte. In der Hauptphase waren es Arbeiter, denen er schweren Schaden zufügte. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten verurteilt, auf die vier Monate Untersuchungshaft angerechnet werden. Ferner wurden ihm die Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

## Senkt die Strompreise!

Der Landesverband Thüringen des Reichsverbandes der Elektrizitäts-Abnehmer (Rea e. V.) hielt in Erfurt seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab.

Der Vorsitzende des Verbandes, Bürgermeister Dr. Weichelt, Waltershausen, berichtete in einem ausführlichen Vortrag über die vom Rea angeregte Strompreissenkungs-Aktion und die entsprechenden Eingaben des Rea an das Reichswirtschaftsministerium und die Landesregierungen. Der Rea vermahnte sich in dieser Hinsicht erst dann greifbare Erfolge, wenn das von ihm propagierte Reichs-Elektrizitäts-Viererlings-Gesetz zur Tat geworden sei.

Gehaltsabbau für die Weihenstephaner Angestellten. Weihenstephan. Zwischen dem Industrie- und Arbeitgeberverband und den Angestelltenvereinigungen sind im Wege freier Vereinbarung folgende Änderungen des Angestelltenvertrags für Industrie und Großhandel in Weihenstephan vereinbart worden, die am 1. April in Kraft treten: Die Gehälter über 120 bis 200 Mark werden um fünf Prozent, Gehälter über 200 Mark um sechs Prozent gestürzt.

Naumburg. Ein 55-jähriger Anfall. — Auf dem Schloßhof der Georgenkirche stieg der neunjährige Schüler Joachim W. in ein Spiel mit dem Kopf gegen einen anderen Knaben. Er konnte sich mittags beimgehen, ohne scheinbar Schaden genommen zu haben. Am Nachmittag jedoch zeigte sich, daß er eine schwere Gehirnverletzung erlitten hatte, der er bereits in der folgenden Nacht erlag.

Quedlinburg. Wegen der Zusammenkunft zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am 22. September, bei denen mehrere Nationalsozialisten schwer verletzt wurden, waren vier Kommunisten zu je sechs und 16 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Verurteilten hatten Berufung eingelegt. In erneuter Verhandlung wurden vier Angeklagte freigesprochen, die von den übrigen beantragte Revision aber mit der Begründung verworfen, daß die Kommunisten die Angreifer gewesen seien, insofar noch das Krankenauto, das die verwundeten Nationalsozialisten abtransportierte, mit Steinen bemordet hätten.

Die Deutsche Volkspartei in Thüringen koalitionslos.

Weimar. In einem Schreiben der Fraktion der Deutschen Volkspartei wird erklärt, Da die Nationalsozialisten offiziell überhaupt keine Antwort an die Deutsche Volkspartei erteilt hätten, sondern in ihrem thüringischen Parteiblatte erklärten, daß sie gar nicht daran denken, irgend etwas zuzunehmen, hätten sie die Koalition gebrochen, wie dies ihr Minister Dr. Fried bereits vor Monaten einmal getan habe, ohne allerdings damals für sich und seine Partei die Konsequenzen zu ziehen. Damit sei die Deutsche Volkspartei von einer nationalsozialistischen Koalition abgetrennt worden. Die Volkspartei sei bereit, sich mit den anderen bürgerlichen Regierungsparteien über Befreiung der Schwierigkeiten zu verständigen.

Eisenach verdrängt die Bürgersteuer.

Als wird billiger.

Eisenach. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung den Haushaltsplan für das Jahr 1931 verabschiedet, der in Einnahme und Ausgabe mit einer Gesamtsumme von 7 Millionen Mark abschließt. Die um 100 Prozent erhöhte Biersteuer und die 10prozentige Getränkesteuer werden auch in diesem Jahre wieder erhoben. Neu dagegen ist die Verdrängung der Bürgersteuer. Die von der Verwaltung eingelegte Rate von 200 000 Mark zur Abdeckung alter Fehlbeträge wurde gestrichen mit der Begründung, daß 1931 ein besonders Wohljahr zu erwarten sei.

Im dem Weisabau-Gebanken Rechnung zu tragen, sind der Gaspreis um 1 Pfennig auf 19 Pfennig für den Kubikmeter, die Straßenbahnfahr von 20 auf 15 Pf. und die logenannte Wirtschaftsgebühr (Müllabfuhr und sonstige) von 4% auf 4 Prozent der Friedenspreise ermäßigt worden.

Kritikere nicht so viel!

Viele können es sich nicht verlagern, jedes Ding zum Gegenstand einer umfangreichen Kritik zu machen. Daß diese Kritik nicht immer objektiv und wahrheitsgetreu ist, haben wir alle schon in eigenen Reihen erfahren müssen. Es ist doch so, daß bei jeder gewinnhaften und ungewinnhaften Kritik die Charaktereigenschaften des Beurteilenden mitspielen. Hauptsächlich der Neid, die Mißgunst ist es, die so manchen veranlaßt, sein Urteil abnehmend zu fällen, weil er es nicht vertragen kann, daß der andere etwas Besseres zuwege gebracht hat, daß seine Kleidung modischer ist, oder sein Ein und Zehn nachher. Es gibt ja nur zu viele Dinge, die zur Erörterung für einen Dritten stehen. Aber bei jeder Kritik sprechen nicht nur die eigenen Charakteranlagen, die wir dabei vielfach unbewußt unterliegen, mit, sondern es ist häufiger noch die Frage der Sympathie. Weil wir nicht viele unserer Mitmenschen eine Absicht haben, warum dieselbe immer dehinastellend sind

wir in unserem Urteil voreingenommen, die Kritik ist beeinflußt, durch persönliche Zuneigung beeinträchtigt. Haben wir aber moralisch ein Recht, mitleidig so zu handeln? Sicherlich nicht, denn die Kritik, die von uns nicht erboten wird, die sollen wir am besten für uns behalten. Wenn wir aber schon zum Kritiker eines anderen werden sollen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir zu dem Gegenstand, der unserer Beurteilung obliegt, etwas zu stellen vermögen, was aus eigener Kraft ergrübel besser ist und der Kritik unserer Mittel bedingungslos handhaben. Emanuel Geibel hat sich einmal mit einem sehr hübschen Jut gegen die vorwiegend Kritiker gewendet, er sagte ihnen:

„Das ist die starke Kritik der Welt, Wenn neben das, was ihm mißfällt, Eimer was Eigenes, Besseres liefert!“

## Wanderhaushaltungsschule in Remberg.

Wie aus dem Inserat in der heutigen Nummer hervorgeht, soll ab März nun auch hier in Remberg ein Lehrgang der Wanderhaushaltungsschule beginnen, deren Leitung in den Händen des Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins für den Kreis Wittenberg liegt. Dieser fanden diese Lehrgänge nur in Bad Schmiedeberg statt. Ausgebildet wurden bisher 242 junge Mädchen. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß nunmehr auch in Remberg diese Kurse abgehalten werden und wir wünschen, daß sie zu einer fruchtbringenden Einrichtung werden und Förderung von denen erfahren, die für die Weiterentwicklung unseres Stadtbildes eintreten. Wir bringen nachstehend die Bedingungen:

Der Unterricht erstreckt sich auf Kochen und Waschen, Säusarbeit, Glanzplatten, Weiß- und Buntwäsche, Handarbeit. In theoretischen Stunden werden die Schülerinnen in Nahrungsmittellehre, Grundheilslehre, Gartenbau, Milchwirtschaft, Geflügelzucht u. a. belehrt.

Die Unterrichtsstunden beginnen an den Wochentagen pünktlich früh 8 Uhr und dauern bis gegen 5 Uhr nachmittags. Einmal in der Woche wird auch Abendunterricht erteilt, damit die Schülerinnen das Gelernte fester machen können. Sämtliche Speisen essen die Lehrerinnen mit den Schülerinnen. Es gibt um 10 Uhr Frühstück, 12 Uhr Mittagessen, 4 Uhr Kaffee und Gebäck.

Mitzubringen ist: 1 weißes 1 bunte und 1 Wappschürze, 1 vollwandiges Eßgeschloß (Messer, Gabel, Löffel, Teelöffel), 1 Serviette mit Ring, oder Tafel- oder Band, 1 Paar Topflappen, 2 Geschirrtücher, 1 Küchenmesser, 1 Blech, 1 Löffel, möglichst ein Reze, 1 weißes Tischwand, 1 großes langes Handtuch, 1 liniertes Schreibheft und Bleistift zum Einzeichnen der Fingerzeige, 1 Maßkasten oder Handarbeitsbeutel mit Schere, Fingerring, Nadeln, weißes und schwarzes Nähgarn, Nr. 50, alle bunten Garnterke in Wolle und Berglarn, Seide oder Zwirn, Leinwand, Wäsche, Knöpfe usw.

Die Schülerinnen sollen einfache Kleidung tragen, möglichst 1 Schürmelde oder Jacke mitzubringen für den 12wöchigen Kursus. Das Lehrgeld beträgt für den Beginn des Lehrganges an die Wohnenden zu zahlen. Außerdem haben die Schülerinnen Lebensmittelpflicht zu leisten. Jede Woche für 6 Mark oder auch auf Wunsch in Geld. Die Sicherungen werden je wenig von der Lehrerin festgelegt und gleichmäßig auf die jungen Mädchen verteilt.

Arbeitsmittel sind folgende Sachen: Weizenmehl, Eier, Speck, Zucker, Pfeffer, Birnen, Butter, Milch, Gemüse, Hülsenfrüchte, Suppenwürstchen, Suppenhühner, frisches Fleisch zum Einpacken, Wild aller Art, Kartoffeln. An Speck sollen aber nie mehr als 2 Pfund mitgeführt werden.

Wer von den Schülerinnen Stoffe zur Verarbeitung von Wäsche, Kleiden und Schürzen liegen hat, kann sie mitbringen, andernfalls können sie hier in der Stadt alles bekommen für Wäsche- und Handarbeitsunterricht und wird ihnen beim Einkauf gern Rat und Hilfe erteilt. Den Anordnungen der Lehrerinnen ist unbedingt Folge zu leisten, ebenso wird den Schülerinnen ein artiges und höfliches Wesen zur Bedingung gemacht.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht

Mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtpostamt zu Remberg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 7. März 1931 hat sich die Geldmenge im Vergleich mit dem Stand am 1. März 1930 auf 2 078,2 Millionen RM verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten umvolumierte sich um 283,2 Millionen RM auf 4 144,8 Millionen RM. Die Deckung der Noten durch Gold allein stieg von 51,8 % in der Vorwoche auf 55,1 %, diejenige durch Gold und bedingungsabhängige Devisen von 55,3 % auf 57,7 %.

Die Voraussetzungen für eine schnelle Ueberwindung des gegenwärtigen Tiefstandes der allgemeinen Wirtschaftslage sind für Deutschland nach den neuesten Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung noch nicht gegeben. Allerdings werden die jahreszeitlichen Schwankungen eine gewisse Erleichterung bringen, doch dürfte sie durch konjunkturelle Einflüsse einwirken noch nicht unterbunden werden.

Die auf den Stichtag des 4. 3. 31 berechnete Großhandelsinvergesse des Staatlichen Reichsamtes beträgt 113,9 gegen 114,3 gegen 2. 31. Der Monatsdurchschnitt im Februar betrug 114,0 gegen 115,2 im Januar d. J.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte den saisonmäßigen Schwankungen entsprechend sein. Etwa 15 g. ging die Zahl der Arbeitslosen wieder zurück und zwar in der ersten Februarhälfte um und 19 000 auf 4 972 000. Auch das Landesarbeitsamt meldet einen Rückgang in der Beschäftigung. Ende Februar betrug die Zahl der mitteldeutschen Arbeitslosen 468 141 gegen 468 066 am 15. 2. 31.

Die Sparrenten bei den preussischen Sparkassen stiegen im Jahre 1930 um 78,1 Millionen RM auf 3 965,5 Millionen RM. In der gleichen Zeit erhöhten sich die Depositionen, Giro- und Kontokorrenteinzahlen um 46,2 Millionen RM auf 917,7 Mill. RM.

## Kirchliche Nachrichten.

Remberg.

Mittwoch, den 18. März, abends 7 Uhr: Passionsandacht mit Beichte und Feier des hl. Abendmahls. Pfarrer H. M. S.

Netta

Mittwoch, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr in der Schule Passionsandacht. G. M. S.

Gommla.

Donnerstag, den 19. März, abends 1/8 Uhr Passionsandacht mit Beichte und Feier des hl. Abendmahls. Pfarrer H. M. S.



Meine diesjährigen billigen  
**Gardinentage**

vom 16. bis 21. März

bieten Ihnen günstige Gelegenheit, Ihr Heim mit den modernsten und schönsten Gardinen zu schmücken. Durch Großverkauf mit über 1000 Geschäftshäusern enorm billig

Rips-Garnituren, Prima Stores  
Künstlergardinen, Landhausgardinen  
Tüllbettedecken, Gardinen vom Stück  
Fensterispitzen, Bitragenstoffe

— Beachten Sie bitte meine Schaufenster —



**Otto Wildau :: Kemberg**

Manufaktur-, Putz- und  
Modewarenhaus

Das neue  
**Gesangbuch**

für die Provinz Sachsen und Anhalt

Ausführung und Preise vom Konsistorium vorgeschrieben. ist erschienen und in Kemberg erhältlich bei

**Richard Arnold, Buchhandl.**  
Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Frühes fettes  
**Rindfleisch**  
empfiehlt **Witt Näß**

Blutfrische  
**grüne Heringe**

Pfund 18 Pfennig  
empfiehlt **S. G. Glaubig**

Dienstag früh  
**billiger Heering - Verkauf**  
frischer Schellfisch

3 Pf. 90 Pf.

**Fischfilet**

zum allerbilligsten Tagespreis  
**P. Mierhschte, Burgstraße 36**

Morgen Dienstag früh  
**grüne Heringe**  
frischer Schellfisch

Fischfilet  
**Ww. Emma Reinecke**

Empfehle zu konturrenzlos billigen Preisen die altbekannten Stern-Marte-Sämereien für Garten u. Feld

**Rübensamen**

Eckendorfer gelbe und rote, 1. Absatz  
Original Astania

Lobbericher Möhrensamen  
und sämtliche

Blumen- und Gemüse-Sämereien  
**Robert Lux**

Prima  
**Rind- und Hammelfleisch**

empfiehlt **Rich. Kaufmann Nachf.**  
Jnh. Heinrich Schneider

Achtung! Hausfrauen von Kemberg und Umgegend.

Dienstag früh  
**Billiger Fischtag**

3 Pf. 90 Pf.

**Grüne Heringe, Blumenkohl, Spottbillig, Apfelsinen, das Beste v. Westen, Kuchen- und Tafeläpfel, Pfeffer-Gurken, Fettheringe, Kieler Sprotten, Hering in Gelee, Bratheringe, 65 Pf.**

empfiehlt **Gustav Bernhardt, Eilenburg**

**Eckendorfer Riesen-Walzen** (gelbe u. rote)

Pfund 28, Pfennig  
von 10 Pfund 27 Pfennig

**Lobbericher Möhrensamt**

Sämtliche **Gemüse- und Blumen-Sämereien**

frisch eingetroffen bei **J. G. Glaubig.**

**Volkswohl-Lose**

für soziale und kulturelle Zwecke

**Ziehung: 15. bis 22. April**

Gewinne im Werte von 430000 M.

**Auf Wunsch 90% in bar**

Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.

Zu haben bei

**Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.



Keine paßt wie sie in diese Zeit — Sanella die Feine!

Die Hausfrau von heute muß sparen. Aber sie will auch etwas Gutes haben für ihr Geld. Sanella Margarine wird alle Frauen begeistern, die sparsam und doch anspruchsvoll sind.

**Sanella**  
MARGARINE  
DIE FEINE  
PREISWERT WIE KEINE  
35<sup>8</sup> das 1/2 Pfund

Morgen Dienstag  
früh 7 Uhr  
**Speckkuchen**

von nachmittags 2 Uhr an  
frische

**Pfann- und Spritzkuchen**

**Geist Berndt, Vätermeister**

Wir suchen per sofort für unsere

**Verteilungsstelle Kemberg ein Lehrmädchen**

Schriftliche Bewerbungen mit Altersangabe und Mitgliedsnummer der Eltern sind bis 19. März im Kantor, Wittenberg, Mittelstraße 29, einzureichen

**Konjum-Berein Wittenberg**

**Wer verkauft**

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od. sonst. Betrieb, Bau- u. Kiesgelände. Sof. Angebote an **G. W. B. Varenth, Hamburg, Glockengießerwall 16**

**Eine Baustelle**

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

**M.-T.-V.**

Wittmo, den 18. März, abends 1/9 Uhr im Vereinslokal (Balmbaum)

**Bersammlung**

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet **Der Vorstand**

**Landwirtschaftl. Hausfrauen-Berein**  
für den Kreis Wittenberg.

Der Landwirtschaftliche Hausfrauen-Berein für den Kreis Wittenberg errichtet für

**Kemberg und Umgegend**

ab Ostern einen Kursus seiner Landverhaushaltungsschule in Kemberg ein.

Der Unterricht dauert circa 12 Wochen und bietet jungen Mädchen aus allen Ständen vielseitige Ausbildung im Kochen, Backen und Einmachen, sowie Weiß- und Buntnähen, Handarbeiten, in theoretischen Stunden und Säuglingspflege.

Nähere Auskunft wird freundlich erteilt Frau Apotheker Elbe, auch können Anmeldungen dort eingereicht werden oder sind an mich zu richten.

**Frau Elisabeth Bohne, 1. Vorsitzende.**

**Konfirmations-Karten**

auch an Wiederverkäufer

empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold**

Heute nachmittag entschlief sanft im Bitterfelder Kreis Krankenhaus unsere liebe gute Tochter

**Irmgard**

kurz vor der Konfirmation im 14. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerz

Die trauernde Familie Ernst Springer

Kemberg, den 15. März 1931

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.





# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal, Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wissenschaftliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Auffrisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich alsbald erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung dsm. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 40 Pfg., Anzeigensätze 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— MZ. das Laufen, zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 33 Dienstag, den 17. März 1931 33. Jahrg

## Haushaltsplan und Reichstag.

Kreditpolitische Hoffnungen.

Berlin, 14. März.

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen im Reichstag ist sowohl von Reichsminister Dr. Brüning als auch vom Reichsfinanzminister Dietrich immer wieder nachdrücklich auf die kreditpolitische Lage hingewiesen. In führenden Finanzkreisen wird hervorgehoben, daß die kreditpolitische Lage zur Zeit labil sei. Es kommt also jetzt alles darauf an, daß von beiden Seiten nicht Maßnahmen getroffen werden, die eine neue Erfahrung der Kreditverhältnisse zur Folge haben. Aus diesem Grunde besteht auch innerhalb der Reichsregierung der feste Wille zur parlamentarischen Erzielung des Reichshaushalts. Wenn innerhalb einzelner Parteien die Auffassung vertreten wird, daß es zweckmäßiger sei, den Reichshaushalt durch Notverordnung zu decken, so mag das vielleicht im Interesse dieser Parteien liegen, nicht aber im Interesse einer Politik, die gerade jetzt, in einer Zeit, in der sich die ersten Zeichen einer Besserung bemerkbar gemacht haben, alles daran setzen muß, was der Überwindung der Krise dienlich ist.

Wenn die Reichsregierung sich weiterhin gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen hat, so sind auch dafür in erster Linie kreditpolitische Erwägungen maßgebend gewesen.

Es ist unmöglich, Vertrauen zu gewinnen, wenn die verschiedenen Erklärungen, insbesondere auch des Reichsfinanzministers, daß Steuererhöhungen nicht vorgenommen werden sollen, durch Beschlüsse des Reichstages in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Dabei wird man einer etwaigen Erhöhung der Einkommensteuer eine sekundäre Bedeutung beimessen dürfen.

Die Einkommensteuer hat im Jahre 1929 100 Millionen und im Jahre 1930 insgesamt nur 80 Millionen Mark gebracht. Ein weiterer fünfprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer würde, wenn das Einkommen von über 8000 Mark befreit wird, 50 bis 51 Millionen Mark bringen, wenn die Einkommensgrenze der Mehrbesteuerung erst bei 20000 Mark liegt, ist mit einem Betrag von 35 Millionen Mark zu rechnen.

Falls sich eine Mehrheit für die Erhöhung der Einkommensteuer entscheiden sollte, so erscheint es notwendig, alsdann die Steuerlast durch einen Ergänzungsbeitrag in der Weise zu verbessern, daß dann auch die Beiträge der Betriebe, und die Tages- und Sitzungsgelder mit zur Steuer herangezogen werden. Da dieser Steuer der Charakter einer Sondersteuer anhaftet, erscheint auch der Vorschlag zweckmäßig, der dahingehet, die Erhöhung dieser Steuer zu befristet.

## Beto des Reichsrats.

Gesetz über die Bekämpfung des Viehpestes und die Bekämpfung des Viehruhrpestes. — Verabschiedung der Agrarvorlage.

Berlin, 14. März.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit der vom Reichstag verabschiedeten Novelle zum Viehpestes- und dem Viehruhrpestesgesetz. In der Diskussion wurde durch Mehrheitsentscheidung beschlossen, Einspruch gegen die Einführung der Vorlagen einzulegen.

Gegen die Einspruchseinstellung stimmten bei dem Gesetz über das zollfreie Gefrierfleischkontingent Preußen, Mecklenburg-Strelitz, Hamburg und Lübeck; dafür u. a. Thüringen, Sachsen und Bismarck.

In der vorausgegangenen Debatte gab Reichsminister Siegel eine Erklärung ab, in der es hieß:

Die Reichsregierung hat bereits im September 1930 den zuständigen Ausschuss des Reichstages eine Vorlage unterbreitet, in der Mittel angefordert wurden für die Abgabe von verbilligtem Fleischfleisch an die minderbemittelte Bevölkerung. Ich werde diesen Antrag mit aller Energie weiter verfolgen. Das Reichsministerium hat weitere Beschlüsse noch nicht gefaßt.

Mit dem Einspruch des Reichsrats sind die Novelle zum Viehpestes- und das Gefrierfleischgesetz vorläufig gestoppt. Wenn der Einspruch des Reichsrats aufgehoben werden will, müßte der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit nochmals den Vorlagen zustimmen.

Am weiteren Verlauf der Verhandlungen über den Agrarvorlage wird es am Montag, den 17. März, um 10 Uhr, im Reichstag bekanntgegeben werden.

## Agrarvorlage.

verlängert u. a. die Ermächtigung der Reichsregierung zur anderweitigen Festsetzung der Zollsätze für Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen, die am 31. März 1931 ablaufen würde, bis zum 31. März 1932.

Ferner ermächtigt das Gesetz die Reichsregierung, in Fällen dringender wirtschaftlicher Bedürfnisse die Einfuhrzölle für einzelne Waren abweichend von den geltenden Vorschriften zu revidieren und laufende Handels-

abkommen mit anderen Staaten, die diesen Zolländerungen entgegenstehen, zu kündigen. Solche Verhandlungen sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen anzuhängen.

Schließlich erhält die Regierung das Recht, das Einfuhrschmelzende abweichend von den bisherigen Vorschriften zu regeln und für andere Ergebnisse neu einzuführen. Auch diese Ermächtigungen sollen bis zum 31. März 1932 gelten. Außerdem soll die Regierung neu ermächtigt werden, Einfuhrzölle für Holz einzuführen.

Zum Schluß verabschiedete der Reichstag u. a. noch das Straßfahrgeheimgesetz.

## Neue Rede Stegerwalds.

Genfer Abkommen in zweiter Lesung.

Berlin, 14. März.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Das Haus nimmt genehmigt die zweite Beratung des Genfer Abkommens über das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 vor in Verbindung mit einem Antrag des Volksrats auf Ablehnung der Genfer Abmachungen über den Zolltarif.



Die Sanierung der Knappheitskasse ist die dringendste Aufgabe des nächsten Jahres; allerdings ist dies nicht gefährlich, wie sie vor sich gehen sollte. Die Lage ist dadurch so schwierig, weil das sogenannte Pfand-Geld uns in der Mittelbeschaffung hemmt. Der Bergbau allein könnte die Mittel für die Knappheitskasse nicht aufbringen.

Wenn man den Bergleuten neben den vielen Forderungen nach Lohnniedrigungen aufserge, so könnte man ihnen nicht gleichzeitig auch noch erhöhte Beiträge für die Knappheitskasse abnehmen. Der von den Gemerkschaften vorgeschlagene Weg der Kohlenabgaben ist erst gangbar nach Zustandekommen des europäischen Kohlenabkommens. Auch der sozialdemokratische Antrag, auf die Industriebelastung zurückzugehen, ist 1931 jedenfalls nicht durchführbar, weil in diesem Jahre die Industriebelastung ja auch für die Döhlke noch gar nichts aufbringt.

Für 1931 geht es nur so, daß das Reich, die Invaliden- und die Angestelltenversicherung und die Bergleute gemeinsam Opfer brächten.

Mit der Reform der Arbeitslosenversicherung müßten wir uns weiter beschäftigen. Die Angestellten wünschsten Erlassungen, so einseitig die Sache nicht. Wenn zur Lösung des Wohnungsproblems vorgeschlagen werde, die großen Wohnungen in kleine umzuwandeln, so werde diese Möglichkeit geprüft werden; zu bedenken ist aber, daß solche Umwandlungen nicht billiger seien als der Bau von neuen Wohnungen.

Abg. Gerlach (Soz.) verwies auf die steigende Belastung der Gemeinden durch die Ausgaben für die Wohlfahrtsvereine. Daraus würden letzten Endes die Bedürftigen selbst geschädigt. Sollte keine allein die Zusammenfassung der Wohlfahrtsvereine in öffentliche Fürsorge mit der Kräftigung der Gemeinden.

Abg. Serpols (3.) befragt gleichfalls die schwere Finanzlage, in die die Gemeinden durch die ungeheure Steigerung der Wohnfahrzeugkosten geraten seien, und hebt hervor, daß sie auf der schwerwiegendsten Wirtschaft der Gemeinden ganz gewiß nicht zurückzuführen werden könne.

Abg. Freidel (Nationalist.) erörtert die besondere Schwierigkeit des Bergwerkes. Eine Anhebung der Bauwirtschaft sei so lange nicht möglich, als die Zwangswirtschaft befreit sei.

Die Weiterberatung wird auf Montag, 2 Uhr, vertagt.

## Groeners ernste Mahnungen.

An die Befehlshaber und Kommandeure der Reichswehr!

Am Zusammenhang mit dem öffentlichen Erlass des Reichswehrministers Groener an die Reichswehroffiziere, der aus Anlaß des Leipziger Urteils erfolgte, hat der Reichswehrminister einen zweiten Erlass an die Kommandeure und Befehlshaber der Reichswehr gerichtet:

„Ich bin mir nicht im unklaren darüber, daß bei den Auszeiten der jungen Offiziere vor dem Reichsgericht ein gewisses Solidaritätsgefühl, die Sucht, durch fortwährende Artieren eine innere Unklarheit zu überwinden, und die in den Zeitspausen liegende Leberheftigkeit und Selbstüberhebung der Jugend eine große Rolle gespielt haben. Ich bin deshalb auch überzeugt, daß die Disziplin und der bedingungslose Gehorsam in der Reichswehr trotz dieser Vorkommnisse völlig intakt sind.“

Wir dürfen uns aber auch nicht im Zweifel darüber sein, daß diese Haltung einiger junger Offiziere dem Ansehen der Wehrmacht empfindlichen Schaden zugefügt hat.

Lebenswunden und militärfeindlich eingestellte Kreise werden uns bei jeder Gelegenheit die Rechnung präsentieren; die uns schuldigen und uns nachlebenden Schichten sind befristet, und ihr Glaube an die Reichswehr als den unerfälschten Fels von Gehorsam und Pflichterfüllung, auf dem das ganze Staatsgebäude ruht, ist erschüttert.

Eine derartige Vertrauenskrise wäre uns erpönt geblieben, wenn alle Kommandeure sich mehr um den Geist und die Anzeichen ihres Offizierskorps gekümmert hätten.

Aber leider, das muß einmal klar ausgesprochen werden, gibt es Kommandeure, die aus innerer Unklarheit oder gar aus mangelndem Bekenntnis jedem politischen Gespräch mit ihren Untergebenen aus dem Wege gehen, die vielleicht sogar aus Sorge, man könnte sie nicht für national halten oder sie könnten sich bei ihrem Offizierskorps unpopulär machen, derartigen Gedankengängen nicht offen entgegenzutreten und dadurch den Eindruck der gleichen Gesinnung bei den jungen Leuten erwecken. Sonst wäre es doch unmöglich, daß sich bei diesen jungen Leuten so gravierende Ideen über nationale Einstellung der Führung, Auslieferung der Reichswehr an die Enke, nur bedingte Gehorsamspflicht usw. festsetzen konnten.

Wenn die Kommandeure, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, immer wieder darauf hingewiesen hätten, unter welchen ungehörens inneren und äußeren Schwierigkeiten es der Reichswehrlleitung gelungen ist, die Reichswehr zum stärksten Faktor im Staate zu machen, an dem niemand bei politischen Entscheidungen vorbeigehen kann, dann würden im Offizierskorps Tendenzen nicht haben aufkommen können, die allerdings in höchstem Maße geeignet sind, die harte Stellung der Wehrmacht im Staate zu zerstören.

Schon eine einfache Unterrichtung der Offiziere über die in den letzten Jahren und mit vertieften Anstrengungen, die ich in Worten und Taten, in Kämpfen um den Behrstat und sonstigen Auseinandersetzungen mit wehrfeindlichen Organen und Strömungen immer wieder zum Ausdruck gebracht habe, würde genügt haben, um die jungen Leute zu belehren und von der Torheit und Haltlosigkeit ihrer Anführer zu überzeugen.

Wir müssen aus diesen Vorkommnissen die Folgerung ziehen, in Zukunft nur noch solche Persönlichkeiten zu Leitern von Offizierskorps zu machen, die Bekenntnis und genügende geistige Leberheftigkeit haben, um unsere heutige Jugend zu erziehen, die über große Leberheftigkeit, harte Gemütskraft, aber auch über ein hochgeschultes Herz, gefaßt über eine durchdringend hohe Intelligenz und, was das Schöne an ihr ist, über einen hohen idealen Schwung verfügt.

Ueber meine in dieser Verfügung zum Ausdruck gekommenen Anfechtungen sind alle Offiziere in geeigneter Weise zu unterrichten.“

## Weltwirtschaftskrise und Versailles.

Immer noch Etat des Arbeitsministers. Berlin, 14. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Freilassung beantragt Abg. Frau Himmeler (Komm.) die sofortige Beratung eines Antrags auf Aufhebung des § 218. Der sofortigen Beratung wird widersprochen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Schröder-Merleburg (Komm.) meldet sich gegen die Methoden des staatlichen Schlichtungswesens. Den deut-